



MICHAEL GROSSE-BRÖMER

MEIN BRIEF AUS BERLIN

AUSGABE 156

08. JULI 2010

AUSLANDSEINSÄTZE: SOLDATENVERSORGUNG VERBESSERN



Liebe Leserinnen und Leser!

Wer Soldaten in Auslandseinsätze schickt, die ein hohes Risiko für ihr Leib und Leben mit sich bringen, muss sich um diese Soldaten und deren Angehörige auch kümmern. Durch einen Antrag von CDU/CSU und FDP soll nun die Versorgung der Soldaten im Auslandseinsatz weiter verbessert werden. In Berlin beginnt jetzt die sitzungsfreie Zeit. Mein Berlinbrief wird daher eine Pause einlegen. Da aber die Politik auch im Sommer nicht schläft, werde ich mich mit dem einen oder anderen Sommer-Zwischenruf bei Ihnen melden. Ihnen einstweilen schöne Sommerferien!

Herzlichst, Ihr

Die Bundeswehr sieht sich in Afghanistan weiterhin unter Beschuss. Allein in den vergangenen sieben Tagen sind unsere Soldaten zweimal von Aufständischen angegriffen worden. Zum Glück kam dabei niemand ernsthaft zu Schaden. Doch nicht immer gehen die Attacken glimpflich aus. Im April starben am Hindukusch sieben deutsche Soldaten. Seit Beginn des Bundeswehreinsatzes kamen 26 Bundeswehr-Soldaten ums Leben. Insgesamt ist die Zahl der Anschläge auf Soldaten der Bundeswehr im Norden Afghanistans in den vergangenen Monaten deutlich gestiegen.

In den vergangenen Jahren haben wir für die soziale Absicherung von im Ausland tätigen Soldaten und deren Angehörigen viel getan. Trotzdem gibt es immer

noch Punkte, bei denen der Gesetzgeber nachbessern sollte. Ziel muss es aus meiner Sicht sein, versehrten Soldaten und zivil Beschäftigten die bestmögliche soziale Absicherung zu gewährleisten und dies auch in der Öffentlichkeit bekannt zu machen: Wir lassen unsere Jungs nicht allein!

Deswegen haben Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion einen gemeinsamen Antrag vorgelegt. Er zielt auf eine Verbesserung der Regelungen zur Einsatzversorgung ab. Es beginnt bei der Höhe der Entschädigungsleistungen für Betroffene und deren Angehörige. Die Höhe des derzeitigen Betrages stellt keine angemessene Entschädigung mehr dar, insbesondere bei einer Schädigung jüngerer Soldaten, die ihr Erwerbsleben noch vor sich haben.

Eine weitere Lücke in der gegenwärtigen Rechtslage besteht darin, dass ein Schadensausgleich nur an natürliche Personen gewährt wird. Ausgeschlossen sind juristische Personen, was in der Praxis zu Schwierigkeiten führt, wenn Betroffene z. B. zur Finanzierung des Eigenheims Versicherungsansprüche an die juristische Person

Hausbank abgetreten haben. Dann zahlt weder die Versicherung noch eine Ausfallbürgschaft des Bundes, so dass die Begünstigten trotz gezahlter Versicherungsprämien keinerlei Leistung erhalten. Diese Regelung wird von Betroffenen kritisiert und ist entsprechend zu ändern.

Damit Soldaten Anrecht auf Entschädigungsleistungen haben, muss ferner eine Einsatzschädigung festgestellt werden, die wiederum davon abhängt, dass ein Kausalzusammenhang zwischen Auslandseinsatz und Schädigung hergestellt werden kann. In der Praxis liegen die Hürden dieses Nachweises im Moment zu hoch und sollen zugunsten des Geschädigten nachgebessert werden.

Ein anderes Problem: Obwohl Nicht-Berufssoldaten bei Auslandseinsätzen zusammen mit den Berufssoldaten demselben Risiko ausgesetzt sind, existieren bei der Hinterbliebenenversorgung gravierende Unterschiede. Witwen eines im Einsatz gefallenen freiwillig länger dienenden Grundwehrdienstleistenden etwa werden momentan benachteiligt. Das nehmen wir nicht hin.

DURCHBRUCH BEI DER GESUNDHEITSREFORM



Die Koalitionsspitzen haben sich auf eine Reform des Gesundheitswesens verständigt. Das Ziel ist ein gerechtes, soziales, stabiles, wettbewerbliches und transparentes Gesundheitssystem.

Trotz aller Klagen haben wir in Deutschland ein Gesundheitswesen, um das uns die Welt beneidet. Es gilt, dieses System auch für zukünftige Generationen zu bewahren. Als besondere Herausforderungen erweisen sich hier der demografische Wandel und der medizinische Fortschritt.

Die jetzige Gesundheitsreform sieht strukturelle Än-

derungen im System vor, die insgesamt zu mehr Wettbewerb, mehr Freiheit für den Einzelnen und weniger Bürokratie führen.

Zu den zentralen Elementen der Gesundheitsreform gehören eine Honorarreform für den ambulanten Bereich, eine Ausweitung der Kosten-erstattung, eine Reform der Selbstverwaltungsorgane, die Entwicklung einer Präventionsstrategie sowie der Ausbau der Gesundheits- und Versorgungsforschung.

Es wird zu Einsparungen kommen und der Beitrags-satz der Krankenkassen wird wieder auf die Höhe angeho-

ben, wie er vor der Finanz- und Wirtschaftskrise war. Um diese Krise besser meistern zu können, war seinerzeit der Beitragssatz durch das Konjunkturpaket II abgesenkt worden, was nun wieder rückgängig gemacht werden kann.

Darüber hinaus gibt es eine grundlegende Reform, in dem die unabdingbaren notwendigen Ausgabensteigerungen im Gesundheitssystem durch einen Zusatzbeitrag finanziert werden. Durch einen Finanzausgleich aus Steuermitteln wird eine Überforderung des Einzelnen vermieden. Steuererhöhungen sind dazu nicht notwendig.

DAS IMPERIUM SCHREIBT ZURÜCK



Verfolgt man die politischen Medienberichterstattung der letzten Monate, so muss man den Eindruck gewinnen, dass Deutschland permanent am Abgrund steht und dafür eine dilettantische Bundesregierung Schuld ist.

Sicher: Das Zusammenspiel der Koalition war in den ersten Monaten verbesserungsfähig. Aber nicht alles, was in der Zeitung steht, ist eine objektive Widerspiegelung der Wirklichkeit. Denn hinter jeder Redaktion

steckt ein Verlag. Und hinter dem steckt oft: die SPD.

Tatsächlich gehört die Medienholding der SPD, die Deutsche Drucks- und Verlagsgesellschaft, zu den 10 größten Tageszeitungsverlagen in Deutschland. Überdies ist die DDVG an der Verlagsgesellschaft Madsack beteiligt, einem weiteren „Top-Player“ im Printmediensegment. Aus dem Bilanzgewinn fließen in diesem Jahr 7,7 Mio. Euro an die SPD.

Insgesamt verfügt die SPD durch die DDVG über ein weitverzweigtes Mediengeflecht, das von der „Frankfurter Rundschau“ über die „Hannoversche Allgemeine“ bis zur Verbraucherzeitung „Ökotest“ reicht.

Einige Kritiker beklagen den politischen Einfluss der DDVG. So sollen Zeitungen, die der SPD-Verlagsgruppe gehören, gerade zur Wahlkampfzeiten immer wieder einseitig zugunsten der SPD berichtet haben.

UND ZUM SCHLUSS ...



TERMINAUSWAHL

- 12.07. Treffen mit der Senioren Union Winsen
- 13.07. Treffen mit Richtern des Bundesverfassungsgerichtes
- 16.07. Jurysitzung Bürgerpreis
- 29.07. Preisvergabe Museum Kiekeberg Rosengarten